

Gemeinderat - öffentlich - vom 07.05.2013
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 1-033/13 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 16. April 2013 gefassten Beschlüsse

Die in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 16. April 2013 gefassten Beschlüsse werden bekannt gegeben.

3) TOP 1-029/13 Amt 2 Kultur, Tourismus und Marketing - Besetzung Vertretungsstelle Sachgebietsleitung im Hallenmanagement befristet auf zwei Jahre

Beschluss:

Der Wiederbesetzung der Vertretungsstelle im Hallenmanagement wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 1-030/13 Amt 1 Zentrale Steuerung und Finanzen/Sachgebiet 15 - Wiederbesetzung 100 % - Stelle Sachbearbeitung Steuern befristet auf drei Jahre

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**4.1) TOP 1-037/13 Amt 3 Öffentliche Ordnung Sachgebiet 31 - Wiederbesetzung
50 %-Stelle im Gemeindevollzugsdienst**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 1-031/13 Haushalt 2013 - Übertragung Haushaltsreste aus 2012

Herr Riedmann: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Der enorm hohe Haushaltsrest beim Unterabschnitt 3350, Förderung der Vereine, komme zum größten Teil aufgrund einer Änderung der Berechnungsgrundlage zu Stande. Des Weiteren würden Vereine nicht immer ihre Förderungen abfragen.

Oberbürgermeister Frei: Für die Zukunft sei es wichtig, die Entwicklung der Mitgliederzahlen von Kindern und Jugendlichen in den Vereinen im Auge zu behalten. Sollten die Zahlen sinken, sei der Zuschuss weiterhin so beizubehalten und die pro Kopf Förderung zu erhöhen.

Herr Zoller: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Mit der Modernisierung der Straßenbeleuchtung konnten im Unterabschnitt 6700, Straßenbeleuchtung, rund 30.000 € Stromkosten eingespart werden. Damit konnte das Defizit im Unterabschnitt 7231 Erddeponie „Auf dem Weiler“ ausgeglichen werden.

Stadtrat Kaiser: Die Budgetierungsrichtlinien sollten allgemein überarbeitet werden. Bei einigen Positionen sehe er noch Änderungsbedarf.

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Kaiser) Die Vorschriften für Erddeponien seien derart verschärft worden, dass die Verwaltung mittlerweile den Großteil ihrer Erdaushube auf Sonderdeponien bringen müsse. Dies führe unter anderem zu dem Defizit bei der Erddeponie „Auf dem Weiler“.

Herr Zoller: Die Budgetrichtlinien würden sich immer weiter entwickeln. Die Verwaltung habe Konzepte zur Weiterentwicklung, welche momentan noch nicht umgesetzt werden könnten. Die Budgetverantwortlichen würden mit den aktuellen Richtlinien zurecht kommen.

Oberbürgermeister Frei: In einer Fraktionssprechersitzung solle besprochen werden, ob das Thema Budgetrichtlinien angegangen werden solle. Es sei schwierig, dieses Thema zum jetzigen Zeitpunkt in einer Gemeinderatssitzung zu beraten. Er könne nicht versprechen, dass dies noch vor den Haushaltsplanberatungen geschehen werde.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

6) TOP 1-032/13 Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH - Weisungsbeschlüsse des Gemeinderats für die Jahre 2012 und 2013

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Herr Link werde versuchen, noch in diesem Jahr einen Kongress in Donaueschingen für kleine und mittelgroße Unternehmen zu veranstalten.

Stadtrat Greiner: Die Newsletter würden alle zwei Wochen herausgegeben. Um Kosten einzusparen, könnten diese in ihrem Erscheinungsrhythmus eingeschränkt werden. Möglich wäre sicherlich auch, die Newsletter online zu stellen, um diese dann bei Bedarf abrufen zu können.

Stadtrat Hall: Die Gesellschafterversammlung und der Beirat würden aus sehr vielen Mitgliedern bestehen. Er stelle sich die Frage, ob diese Struktur mit so vielen Mitgliedern die richtige sei und ob die jetzige Struktur gar die Arbeit behindere. Er stelle den Antrag, die Struktur der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH prüfen und beurteilen zu lassen.

Herr Link: (Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH) Auf Wunsch von Kreisräten würden die Newsletter versendet. Er wolle dies nun nicht auf Wunsch von Herrn Greiner wieder einstellen oder einschränken. Die Stadt und die einzelnen Landkreise seien zu klein, um sich alleine darzustellen. Die Präsentation als Region sei der richtige Weg. Die landkreisübergreifende Arbeit sei eine schwere Aufgabe, die sich aber immer besser entwickle. Der Auftritt als Region sei für den Erfolg unerlässlich.

Mit der Landsiedlung sei im Juli 2010 ein Vertrag zur Sicherung von Grundstücken für das regionale Gewerbegebiet unterzeichnet worden. Sollte die Landsiedlung erfolgreich sein und die Grundstücke verkaufen, würde sie ein Honorar erhalten. Die Rücklagen würden 85 % des zu zahlenden Honorars ausmachen. Aus diesem Grund solle die Rücklage so beibehalten werden. Die Arbeit der Landsiedlung bestehe darin, die Grundstückseigentümer zum Verkauf ihrer Grundstücke zu überzeugen. Zehn bis zwölf Gespräche seien pro Eigentümer keine Seltenheit. Da dies von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zeitlich nicht geleistet werden könne, sei die Landsiedlung mit einem Vertrag dazu beauftragt worden. Es gehe dabei um eine ca. 50 ha große Fläche in Sulz. Bisher sei immer die Daimler-Benz AG für die Fläche im Gespräch gewesen. Da aber nun bekannt sei, dass die Daimler-Benz AG nach Immendingen gehen werde, würde die Vermarktung der Fläche jetzt aktiv vorangetrieben. Diese Fläche sei als regionales Gewerbegebiet ausgewiesen und nur für einen Investor vorgesehen. Da dies eine Kommune nicht leisten könne, würde die Wirtschaftsförderungsgesellschaft diese Aufgabe übernehmen.

Oberbürgermeister Frei: Bei dieser Gewerbefläche gehe es darum, dass sich ein sehr großes Unternehmen in der Region ansiedle.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadtrat Kaiser) Es sei ein sehr kompliziertes Verfahren, wie nach einer Ansiedlung die Gewerbesteuer- und auch die Grundsteuereinnahmen verteilt würden.

Beschluss: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH

- a) der Feststellung des Jahresabschlusses 2012 sowie dem Lagebericht 2012
- b) der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2012
- c) Herrn Dr. jur. Hermann Buck, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Tuttlingen als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013

zuzustimmen und der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH eine externe Prüfung der Struktur zu empfehlen.

(einstimmig)

7) TOP 4-052/13 Bebauungsplan Proviantamt / Änderung - Satzungsbeschluss

Herr Bunse führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 4 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 4-057/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Ergebnis Beratung Projektbeirat 17. April 2013

Bürgermeister Kaiser: In der ersten Sitzung des Projektbeirates seien alle die im Umfeld der Gemeinderatsdiskussion vom 12.03.2013 gestellten Fragen, insbesondere der Kostenaufstellungen, beantwortet worden. Die Differenzen in der Excel Tabelle habe das Stadtbauamt zu verantworten. Vor der Gemeinderatssitzung am 12.03.2013 seien die Tabellen nicht korrekt modifiziert worden.

In der nächsten Sitzung des Projektbeirates am 15.03.2013 werde sich der Projektsteuerer vorstellen und es würden die aktuellen Kosten vorgestellt.

Beschluss: Die Entscheidungen des Projektbeirates werden zur Kenntnis genommen.

9) TOP 4-064/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Lieferung Tafeln und Dokumentenkameras

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**10) TOP 4-056/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Möblierung
Klassenzimmer**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 4-058/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Rohbauarbeiten

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

12) TOP 4-059/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Dachabdichtungsarbeiten

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

13) TOP 4-055/13 Sanierung Siedlersteg / Donaueschingen - Vergabe Bohlenbelag aus Leichtmetall

Oberbürgermeister Frei: Der Siedlersteg werde aufgrund der Sanierung im August für drei Wochen voll gesperrt sein. Eine Zugangsmöglichkeit zu den Gleisen werde es aber geben. Beginnen werde man mit den Betonarbeiten, die sich noch nicht auf die Zugänglichkeit des Siedlersteges auswirken werden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

14) TOP 4-054/13 Sanierung Siedlersteg, Marienbrücke / Donaueschingen - Vergabe Holzinstandsetzung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

15) TOP 4-053/13 Sanierung Siedlersteg, Marienbrücke, Stützmauer Am Spannberg / Donaueschingen - Vergabe Betonsanierung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

16.1) TOP 4-068/13 Neugestaltung An der Stadtkirche / Residenz - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

17) TOP 6-001/13 Kindergärten/Kindertagesstätten/Kinderkrippen - Anpassung der Benutzungsgebühren (Elternbeiträge)

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

18) TOP 6-007/13 Kindertagesstätte Wunderfitz - Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze für Kinder über drei Jahren

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage ausführlich in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadträtin Riedmaier: Es sei grundsätzlich sehr gut, Tagheimplätze in bestehenden Räumlichkeiten zu schaffen. Es sei auch sehr gut, dies kostengünstig umzusetzen. Sie könne sich die Schaffung solcher Tagheimplätze im Sonderschulkindergarten in Aufen aber nicht vorstellen. Die dort betreuten Kinder bräuchten klar strukturierte Tagesabläufe, welche sicherlich durch die anwesenden anderen Kinder gestört werden würden. Da noch kein Konzept für die pädagogische Arbeit ausgearbeitet sei und weder der Sonderschulkindergartenleiter, noch die Sozialpädagogen davon wüssten, sei die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung nicht gut. Von einer Inklusion könne auch nicht geredet werden. Inklusion finde immer so statt, dass ein Kind mit besonderen Bedürfnissen in eine Gruppe von „normalen“ Kindern komme und nicht umgekehrt.

Stadtrat Karrer: Der Sonderschulkindergarten in Aufen würde einen erheblichen Rückgang der Kinderzahlen aufweisen. Er sei auf dem neuesten Stand, was die Ausstattung betreffe. Des Weiteren liege der Kindergarten in einer sehr guten Lage. Die SPD-Fraktion begrüße den Vorschlag der Verwaltung. Es sei sehr gut, dass der Kreis der Stadt diese Möglichkeit eröffne. Damit würde der vorhandene Engpass bei den Tagheimplätzen aber nur kurz- bis mittelfristig aufgehoben werden können. Mit einer größeren Nachfrage für Tagheimplätze müsse gerechnet werden.

Stadtrat Kaiser: Er teile die Einschätzung von Stadträtin Riedmaier. Es sei noch nicht überdacht worden, wie und ob eine solche Lösung pädagogisch machbar sei. Inklusion sei nur dann möglich, wenn einer kleineren Gruppe mit benachteiligten Kindern eine viel größere Gruppe mit „normalen“ Kindern zur Seite gestellt werde. Er möchte es jedoch nicht von vorne herein ausschließen, dass Inklusion auch andersherum möglich und sinnvoll sei. Da aber noch kein pädagogisches Konzept vorliege, könne heute noch nicht darüber abgestimmt werden.

Stadtrat Hall: Das Angebot des Landkreises, das die Stadt im Sonderschulkindergarten in Aufen eine Tagheimgruppe einrichten dürfe, sei sehr gut. Er unterstelle dem Landratsamt, dass es sich Gedanken über ein Konzept gemacht habe und feststehe, dass die Schaffung zusätzlicher Tagheimplätze im Sonderschulkindergarten machbar sei. Er glaube aber auch, dass noch kein fertiges Konzept vorliege.

Stadträtin Wesle: Sie gehe davon aus, dass die Kinder des Sonderschulkindergartens nicht parallel zu den Kindern der Tagheimgruppe betreut würden, sondern das es nur durch Absprache zu Zusammenarbeiten kommen werde.

Bürgermeister Kaiser: Es habe schon einen Ortstermin mit dem Leiter des Sonderschulkindergartens, Mitarbeitern des Landratsamtes, Pädagogen der Stadtverwaltung und Herrn Romer gegeben. Es solle eine Tagheimgruppe im Sonderschulkindergarten eingerichtet werden. In welchem Umfang Inklusion stattfinden solle, müsse noch überlegt werden.

Stadträtin Riedmaier: Ein Grund für die gesunkenen Kinderzahlen im Sonderschulkindergarten sei sicherlich, dass immer mehr Eltern ihre Kinder in „normale“ Kindergärten anmelden. Die Eltern, die sich gegen einen „normalen“ Kindergarten und für den Sonderschulkindergarten aussprechen, wünschen keine Inklusion. Dieser Wunsch der Eltern solle berücksichtigt werden und auf eine Tagheimgruppe im Sonderschulkindergarten in Aufen verzichtet wer-

den.

Herr Romer: (Auf Frage von Stadträtin Riedmaier) Für die Tagheimgruppe würden zwei Räume zur Verfügung stehen. Diese seien mit einer Türe verbunden. Eventuell würden kleinere bauliche Veränderung notwendig.

Beschluss:

1. Es wird zugestimmt, die zusätzlichen Ganztagsplätze für Kinder über drei Jahren im Sonderschulkindergarten Aufen für eine Gruppe (20 Plätze) einzurichten.

(22 Ja, 5 Nein, 3 Enthaltungen)

2. Es wird zugestimmt, für die Nutzung der Räumlichkeiten im Sonderschulkindergarten Aufen über die Zahlung einer Miete sowie Betriebs- und Bewirtschaftungskosten abzurechnen.
3. Die Haushaltsmittel für den Betrieb der zusätzlichen Ganztagsgruppe sind im Haushalt 2014 zu veranschlagen.
4. Sollte sich ein Bedarf bereits zu Beginn des neuen Kindergartenjahres 2013/14 ergeben, wird zugestimmt, die hierfür notwendigen Haushaltsmittel außerplanmäßig einzusetzen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt gemäß der zu beantragenden Betriebserlaubnis die zusätzlich notwendigen Personalstellen im Stellenplan 2014 zu berücksichtigen.

(22 Ja, 3 Nein, 5 Enthaltungen)

19) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Ausbau B 27

Oberbürgermeister Frei informiert den Gemeinderat über das Schreiben an Herrn Minister Winfried Hermann. Seit 2006 würde für den Abschnitt Donaueschingen-Mitte bis Hüfingen / Wasserturm (Kreuzung mit der B 31) das Planfeststellungsverfahren laufen. Es sei absolut unerklärlich, dass noch immer kein Abschluss da sei. Da nun die Neubewertung der Projektvorhaben im Land bevorstehe, habe er an Herrn Minister Hermann geschrieben. Mit großem Erstaunen habe er festgestellt, dass der Stadttunnel Freiburg zwischenzeitlich als Autobahn 860 ausgewiesen werde. Für ihn dränge sich der Eindruck auf, dass die Bezeichnung einer innerörtlichen Durchgangsstraße als Autobahn insbesondere daher rühre, dass der Bund für den kommenden Bundesverkehrswegeplan eine starre Aufteilung der Mittel zwischen Autobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen im Verhältnis von 70 : 30 plane. Aus diesem Grund schlage er in seinem Schreiben vor, den Teilstück-Ausbau der B 27 auch als Autobahn auszuweisen.

Innerstädtischer Verkehr, Parkplatzsituation

Stadtrat Fischer: Die Verkehrssituation, insbesondere in der Karlstraße sei aufgrund der Verkehrssperrungen im Zuge der Umgestaltung rund um die Stadtkirche so nicht akzeptabel. Es bestehe dringend Handlungsbedarf um die Situation zu verbessern. Die Umleitungsströme müssten sorgfältiger geplant werden, insbesondere die Umleitung der Nahverkehrsbusse. Des Weiteren müsste in Sachen Ersatzparkflächen dringend etwas geschehen.

Bürgermeister Kaiser: Die Verwaltung habe die Umleitungsströme so planen müssen, da es keine Alternativlösungen gebe und gegeben habe. Negativ sei sicherlich der Wegfall einiger Parkplätze in der Max Egon-Straße. Da die Busse aber durch die Max Egon-Straße fahren müssten, seien diese Parkplatzsperrungen notwendig.

Herr Zimmermann: Es sei geplant, in der Max Egon-Straße wieder fünf Parkplätze zu öffnen. Dies sei aufgrund des breiten Gehweges im Bereich Kanitz möglich. Die Parkplätze in der Hermann-Fischer-Allee seien bisher für Dauerparker ausgewiesen gewesen. Dies wurde geändert. Auch hier gelte nun die Parkscheibenregelung.

Oberbürgermeister Frei: Die Verwaltung werde sich gemeinsam mit dem ÖPNV die Umleitungsströme noch einmal anschauen und den Gemeinderat in der nächsten Sitzung über das Ergebnis unterrichten.

Stadtrat Karrer: Auch er halte die Parkplatzsituation momentan für schwierig. Er schlage vor, die unbebaute Lidl-Restfläche neben dem Rathaus anzumieten und diese Fläche als Ersatzparkplatz während der Bauzeit auszuweisen.

Herr Zimmermann: (Auf Anmerkung von den Stadträten Roland Erndle und Hall) Mit dem Landratsamt sei über den FDP-Antrag, das Linksabbiegen im Hindenburgring durch einen grünen Pfeil zu ermöglichen, gesprochen worden. Hierfür sei eine Verkehrserhebung notwendig. Des Weiteren würde für die Umstellung eine neue Ampelanlage notwendig, so dass Kosten in Höhe von ca. 150.000 € anfallen würden.